

Resolution zum Schutz und der Erhaltung der traditionellen Alm- und Berglandwirtschaft

Die Alm- und Weidewirtschaft ist ein wesentlicher Teil der Berglandwirtschaft und sie sind daher untrennbar miteinander verbunden.

Aufgrund der dramatischen Entwicklung bei der Anzahl an Rissen bei Schafen, Ziegen und zuletzt auch bei Rindern richtet der erweiterte Vorstand der Bezirkslandwirtschaftskammer Landeck und der Bezirksbauernrat Landeck diese Resolution an alle politischen Entscheidungsträger des Landes Tirol, sich für eine rasche Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen einzusetzen, die zukünftige eine **legale Regulierung von Großraubtieren** ermöglicht.

Gleichzeitig ist die **Zusammenarbeit der Alpenländer** beim Umgang mit Großraubtieren zu verstärken. Die Berglandwirtschaft steht alpenweit vor ähnlich großen Problemen, nämlich drohender Nutzungsaufgabe von großen Flächen, Konflikte durch Tourismus- und Freizeitaktivitäten sowie Überprägung durch neue gesellschaftliche, nichtlandwirtschaftliche Ansprüche (Naturschutz, Ausgleichs- und Wildnisflächen). Eine der größten Bedrohungen ergibt sich durch die Ausbreitung der Großraubtiere. Daher braucht es den Informationsaustausch hinsichtlich der genetischen Untersuchungen der Raubtiere mit einer gemeinsamen Datenbank und gilt insbesondere für den Einsatz zum **Schutz der jahrtausendealten Kulturlandschaftsnutzung in den Alpen** mit der ursprünglichen Form der Weide- und Almwirtschaft. Deren Fortbestand ist durch die Rückkehr der Großraubtiere akut gefährdet und damit steht die Multifunktionalität der Berglandwirtschaft, die sich für den gesamten Lebensraum für uns Menschen, für das gesamte Leben und Wirtschaften im Alpenraum ergibt, vor dem Zerfall.

Aufgrund der sehr kleinräumigen, kleinteiligen und mosaikartigen Strukturen der Landnutzung gibt es keinen räumlich abgrenzbaren Bereich, der für die Großraubtiere einen annähernd ausreichend großen Lebensraum bildet. Das gilt sowohl für Einzeltiere als auch für Rudel. Die Großraubtiere kommen in Tirol aufgrund ihres natürlichen Verhaltens immer mit Weide- oder Alptieren in Kontakt, sodass es unausweichlich zu Tötungen und Schäden an Nutztieren kommt. Das enorme Entwicklungspotential mit einer Vermehrungsrate von bis zu dreißig Prozent pro Jahr macht es unabdingbar, dass die Raubtiere reguliert werden.

Wir fordern daher die politischen Entscheidungsträger mit Nachdruck dazu auf, mit einer Novelle des Tiroler Jagdgesetzes auf die akute Bedrohungslage zu reagieren. **Die Großraubtiere (Wolf, Bär und Luchs) müssen zukünftig als ganzjährig jagdbares Wild gelten.** Dahingehend ist eine eigene Verordnung für die Jagd- und Schonzeit der Großraubtiere auf Grundlage von §36 Tiroler Jagdgesetz zu erlassen.

Die Erfahrungswerte der vergangenen zwei Jahre, die wir im Bezirk Landeck gemacht haben, zeigen, dass viele Großraubtierexperten ihr Wissen aus mit unserer almwirtschaftlichen Praxis

unvergleichbaren Region(en) ziehen und/oder, dass sie ihr Wissen ohne jeglichen Praxisbezug zur Land-, Forst- und Jagdwirtschaft erlangt haben.

Die Großraubtiere haben längst gelernt, dass vom Menschen keine Gefahr ausgeht und bewegen sich in unmittelbarer Siedlungsnähe, um auch dort in Tötungsabsicht zuzuschlagen. Mehrere bestätigte Fälle aus verschiedenen Ortschaften (Serfaus, Fiss, Nauders) belegen diese Entwicklung.

Für Großraubtiere stellt das Überwinden von Herdenschutzzäunen, welche nach den Vorgaben mit ausreichender Höhe und Stromführung errichtet werden, überhaupt kein Problem dar. So hat beispielsweise der Wolf beim Rissereignis am 22. Juni 2022 in Nauders den ordnungsgemäß nach Vorgaben des Landes Tirol errichteten Zaun durch bzw. übersprungen.

Auf die unglaubliche Vermehrungsrate von dreißig Prozent und Jahr kann nach objektiven Maßstäben nur mit einer Entnahme reagiert werden.

Trotz diesem Schritt wird es Wölfe bzw. Großraubtiere in Tirol geben. Die **Behirtung aller Nutztierkategorien** wird notwendig. Daher braucht es die volle Unterstützung bei den Lohnkosten des Hirtenpersonals sowie der Unterstützung der Infrastruktureinrichtungen auf Almen (Unterkunft, Wasser-, Strom-, und Digitalisierungsversorgung).

Aufgrund der akuten Bedrohungslage der Berglandwirtschaft fordern wir - die Vertreter, der Bäuerinnen, Bauern, Jungbauernschaft/Landjugend und Forum Land - alle politischen Entscheidungsträger dazu auf, unverzüglich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Rettung der Alm- und Berglandwirtschaft zu schaffen.

St. Anton am Arlberg, am 12. August 2022